

Nachhaltige Industriepolitik und Transformation

Einleitung zum Schwerpunkt

von Kai Burmeister, Ole Erdmann, Katharina Oerder und Stefan Stache¹



Foto: archimede © - Fotolia.com

In diesen Wochen jährt sich der Ausbruch der letzten globalen Finanzmarktkrise zum zehnten Mal. Zwei Beobachtungen:

1) Die wirtschaftspolitische Debatte hat an Erdung gewonnen. Im Mainstream des Diskurses wird das ökonomische Heil nicht länger in komplizierten Finanzmarktprodukten gesehen, vielmehr erlebt Industrie eine Renaissance.

2) Gleichzeitig spitzt sich die ökologische Krise weiter zu. Zwar bestehen mit dem Pariser Abkommen ambitionierte Ziele in Sachen internationaler Klimaschutz, doch zeigt der Anfang Oktober vorgelegte Bericht des Weltklimarats wie weit notwendiges Handeln von der tatsächlichen Entwicklung entfernt ist.

Die Wirtschaft läuft und das Klima kippt. Der Konflikt zwischen wirtschaftlichem Wachstum und ökologischen Grenzen soll in diesem Schwerpunkt nochmals aufgegriffen werden. Die erneute Auseinandersetzung ist keiner Routine geschuldet², vielmehr geht es

¹ Kai Burmeister ist Mitglied der spw-Redaktion und im Kreisvorstand der SPD Stuttgart.

Ole Erdmann, Dipl. Volkswirt, ist Sprecher des Europaforums der Köln SPD und Mitglied der spw-Redaktion.

Dr. Katharina Oerder, Jahrgang 1984, ist Psychologin, Leiterin des Hauptstadtbüro des Instituts für Mitbestimmung, Innovation und Transfer (MIT Institut) und Mitglied der spw-Redaktion.

Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover

² Siehe spw 177 mit Schwerpunkt „Wachstum neu denken! - Was soll eigentlich wachsen?“ sowie spw 225 mit Schwerpunkt „Neuer Kapitalismus im Zeitalter der Digitalisierung – global, monopolistisch, produktiv?“

für sozialdemokratische Linke um eine wesentliche Zukunftsaufgabe:

Wie lassen sich die Interessen der abhängig Beschäftigten hinsichtlich sicherer Arbeitsplätze und Einkommen in einem nachhaltigen Wachstumsmodell absichern, ohne die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit heute und in der Zukunft zu gefährden? Soll das Sicherheitsinteresse der Beschäftigten nicht durch Rechtspopulismus (*Klimawandel ist eine Erfindung*) beantwortet werden, muss es eine überzeugende Antwort der gesellschaftlichen Linken hierzu geben. Zu dieser Antwort soll der aktuelle Schwerpunkt ‚Nachhaltige Industriepolitik und Transformation‘ dieser spw beitragen.

Ökologie aus der Nische holen

Die Liste von politischen Aufrufen und wissenschaftlichen Texten, die Angebote unterbreiten, wie wirtschaftliches Wachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt werden kann, ist schier unendlich. Auch gibt es viele sektorale und betriebliche Beispiele für ökologische Produkte und Produktionsverfahren. Das reicht von klassischen Sektoren wie dem Bau bis hin zur größer werdenden Umweltwirtschaft einschließlich einer stärker werdenden regenerativen Energieerzeugung.

Insgesamt handelt es sich jedoch eher um Teilbereiche einer ökologischen Modernisierung der Ökonomie. Angesichts der Dringlichkeit eines ökologischen Umsteuerns ist es allerdings entscheidend, die Umweltfrage auf die gesamte Ökonomie zu beziehen und die Ökologie aus der politischen Nische zu holen, in der sie sich zum Teil noch befindet.

Industriepolitik in sozial-ökologischer Perspektive

Da der Marktmechanismus blind für die ökologischen Erfordernisse ist, stellen sich aus linker Sicht Aufgaben für eine strategische Industriepolitik. Traditionell hat es die Begrifflichkeit der Industriepolitik schwer in Deutschland. Es sei nicht Aufgabe der Politik zu formulieren, was die Wirtschaft tun solle.

Auch wisse die Politik nicht, was die Verbraucher wünschten.

Am Beispiel der Verkehrswende zeige sich, dass es ausreichend sei, wenn die Politik Minderungsziele formuliere, aber Politik solle sich bloß aus der Technikgestaltung heraushalten. Diese Aussagen mögen oft mit dem Alltagsverstand breiter Bevölkerungsteile einhergehen, sie beinhalten jedoch die Gefahr des Verzettelns und des Festhaltens am technologisch Alten.

Anders ist die Sichtweise in China. Dort setzt die Regierung mit der Strategie „Made in China 2025“ u.a. darauf, der Elektromobilität zum Durchbruch zu verhelfen und mit einem Technologiesprung die Führerschaft in der globalen Automobilindustrie zu übernehmen. Ähnlich ambitionierte Ziele verfolgt China in neun anderen Industriesektoren, denen hohe strategische Bedeutung beigemessen wird.³ Die industriepolitische Überlegung Chinas zielt insgesamt darauf, die Rolle der *Werkbank der Welt* hinter sich zu lassen und selbst Technologieführerschaft zu übernehmen.

Jenseits der beiden Pole *Raushalten aus der Gestaltung der Ökonomie* und *des Null-Wachstums* bietet eine aktive Industriepolitik in Deutschland und Europa die Möglichkeit, den sozial-ökologischen Umbau zu forcieren und zu steuern. Die Begrifflichkeit Industriepolitik muss dabei ein grundsätzliches Missverständnis vermeiden. Es geht ausdrücklich nicht darum, Politik für die Unternehmen bzw. deren Eigentümer zu betreiben. Es geht darum, eine Industriestruktur zu erhalten und diese mehr denn je an gesellschaftlichen Bedarfen auszurichten. Zu den Notwendigkeiten gehört wesentlich die Dekarbonisierung der Wirtschaft. Zu einer nachhaltigen Transformation kann auch eine Strategie des sozialen Wachstums beitragen, bei der wieder auskömmlich in CO₂-arme Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen investiert wird. Dies kann auch dazu beitragen, eine einseitige Exportorientierung zu überwinden

³ Philipp Staab und Florian Butollo, *Digitaler Kapitalismus – wie China das Silicon Valley herausfordert*, Berlin 2018

und vergrößert so die Spielräume für eine Handelspolitik, die auf eine gerechtere globale Verteilung hinarbeitet.

Konfliktfeld „Dogma Kapitalrendite“

Die ökologische Dringlichkeit setzt für sich genommen noch keinen Lösungsmechanismus in Gang. Zwar müssen Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze sein – dies ist der Grundgedanke dieses spw-Schwerpunkts – aber natürlich müssen Konflikte benannt werden. Ernst Ulrich von Weizsäcker hat dies in erfrischender Klarheit formuliert. „In einer Welt, in der die Kapitalrendite alles bestimmt, hat der Umweltschutz überhaupt keine Chance. Es muss endlich in die Köpfe, dass die Dogmatisierung der Kapitalrendite ein Schaden für die Zivilisation und für unsere Enkel ist.“⁴

Angebot für die Beschäftigten notwendig

Der Hambacher Forst und die Lausitz sind Orte, an denen Klimaschutz und die Interessen der Beschäftigten in Konflikt zueinander stehen. Wahrscheinlich ist es an diesen symbolisch aufgeladenen Orten nicht mehr möglich, zu einer Aussöhnung von Arbeit und Umwelt zu gelangen. Die Liste dieser Orte darf jedoch nicht mehr länger werden, vielmehr muss eine notwendige Weichenstellung einer aktiven ökologischen Industriepolitik die Belange der Beschäftigten und der Regionen mitdenken.

Transformation als gemeinsame Fortschrittserzählung

Ökologische Dringlichkeit, Neuausrichtung der Industrie und sichere Perspektiven für die Beschäftigten. Aus einer Aufzählung verschiedener Fachpolitiken entsteht weder Begeisterung noch Bewegung. Transformation ist sicher kein Slogan, zeigt aber Größenordnungen an. Nötig ist eine verbindende Fortschrittserzählung, eine gesellschaftspolitische Perspektive des Großen und Ganzen für eine gerechte Transformation.

Schwerpunkt-Beiträge

Diese Aufgabe fordert den arbeits- wie den umweltbezogenen Teil der gesellschaftlichen Linken und verlangt nach einer aktiven Verständigung über bestehende Zielkonflikte statt sich in die Schützengräben der jeweils *eigenen richtigen* Logik zurückzuziehen. Arbeit oder Umwelt darf nicht zur Auswahl stehen, #unteilbar ist auch hier die verbindende Idee. Mit den Beiträgen des Schwerpunkts wollen wir dazu beitragen.

Ernst Ulrich von Weizsäcker, zurzeit Ko-Präsident des Club of Rome, stellt die Frage, wie der Streit zwischen Wirtschaft und Umwelt zu lösen sei. Der Autor betont dabei die globale Dimension des Klimaschutzes und greift den Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU) eines globalen CO₂-Budgets wieder auf, der allen Ländern ein gleich großes Recht auf Nutzung der Atmosphäre je Einwohner zugesteht. Der Beitrag unterstreicht die Berücksichtigung der Nord-Süd-Gerechtigkeit in der internationalen Klimaschutzpolitik.

Für Bundesumweltministerin *Svenja Schulze* ist „Umweltpolitik (...) Industriepolitik (...) Arbeitsmarktpolitik (...). Mit Umwelttechnik und Ressourceneffizienz kann es gelingen, unsere Wirtschaft umfassend zu modernisieren. Die deutsche Volkswirtschaft verfügt über unschätzbare Potenziale, die Grund für Zuversicht und Optimismus sind. Unsere Umwelt- und Klimapolitik hat dazu maßgeblich beigetragen. Produkte und Dienstleistungen aus Deutschland werden weltweit stark nachgefragt.“ In fünf Thesen macht *Svenja Schulze* deutlich, wie der sozialdemokratische Anspruch einer verzahnten Umwelt- und Industriepolitik umgesetzt werden könnte.

Bernd Lange, SPD-Europaabgeordneter, setzt sich u.a. mit den Mängeln der Industriepolitik der Europäischen Kommission auseinander. Langes Einschätzung: Die EU-Kommission sei industriepolitisch nur beschreibend unterwegs, setzt aber selbst keine eigenen Akzente. Angesichts der beiden

⁴ https://www.deutschlandfunk.de/50-jahre-club-of-rome-der-kritische-blick-auf-das-wachstum.769.de.html?dram:article_id=430812

Herausforderungen „Automobilindustrie im Transformationsprozess“ sowie übergreifender „Digitalisierung und technologischer Wandel in der Industrie“ sei diese Haltung unzureichend.

Wolfgang Lemb, für Industriepolitik verantwortliches Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, sieht die Industrie vor einer entscheidenden Transformation. Drei Thesen bilden den roten Faden der Argumentation: 1) Eine industriepolitische Gesamtstrategie bedarf eines neuen Staatsverständnisses (...) 2) „Industriepolitik ist aktive Investitions- und damit letzten Endes Verteilungspolitik! 3) „Auch im europäischen Binnenmarkt muss Spielraum für Gute Industriepolitik und damit Gute Arbeit bestehen!“ Diese Argumentation unterstreicht: Gewerkschaftliche Industriepolitik ist nicht gleichzusetzen mit einer Politik für die Industrie.

Kajsa Borgnäs und Tomas Nieber von der Stiftung Arbeit und Umwelt der Industriergewerkschaft Bergbau Chemie Energie haben ihren Beitrag unter die Frage „Nachhaltige Industriepolitik: Alter Wein in neuen Schläuchen oder echte Chance auf nachhaltige Produktionsprozesse?“ gestellt. Die industriepolitische Konzeption der beiden Autoren ist ausdrücklich „Technologieaffin. Sie betont die Potentiale neuer Technologien, ohne die Risiken außer Acht zu lassen.“ Die Offenheit für die technologischen Potentiale ist aus Sicht der spw-Redaktion wichtig und richtig, gleichzeitig steht diese Eigenschaft nicht auf dem Kompetenzprofil des linken Lagers.

Matthias Jobelius, Leiter des Referats Mittel- und Osteuropa der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), macht deutlich, „Warum die sozial-ökologische Transformation zum Kern programmatischer Erneuerung gehört.“ Der Autor setzt sich kritisch mit dem Stand der Erneuerung der SPD auseinander. „Wachstum für alle“, so lautet auch aktuell wieder die Überschrift eines Impulspapiers, das zu einer „Erneuerung“ der Sozialdemokratie beitragen möchte. Dieser Titel aus der fordistischen Mottenkiste basiert auf der Idee, dass weniger Wachstum auch weniger Wertschöpfung be-

deutet, und weniger Wertschöpfung härtere Verteilungskonflikte nach sich zieht, weshalb ‚Wachstum für alle‘ hilfreich ist, um Verteilungskonflikte zu minimieren.(...) Im 21. Jahrhundert muss jeder sozialdemokratische Fortschrittsbegriff daher zunächst anerkennen, dass die systemimmanente Wachstumsdynamik des Kapitalismus in einem Widerspruch zu den ökologischen Grenzen des Planeten steht. Ebenso führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass die ressourcenübernutzenden Produktions- und Konsummuster des Westens nicht globalisierbar sind.“ Anknüpfend an Uwe Schneidewind vom Wuppertal Institut plädiert Jobelius für eine „doppelte Entkopplung“: „einerseits einer Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch, andererseits einer schrittweisen Entkopplung von Wachstum und Lebensqualität.“

Aus Sicht der spw-Redaktion sind mit diesen Beiträgen genügend Anstöße für produktiven Streit gegeben. Auf die Rückmeldungen der Leserschaft freuen wir uns. Mit unserem Kongress digitaler Kapitalismus bei der FES, dem Debattencamp der SPD und vielen Veranstaltungen von sozialen Bewegungen gibt es konkrete Anlässe für den Austausch über nachhaltige Industriepolitik und Transformation. ■